



Positions- Papier

Gleichberechtigung, Teilhabe und Schutz Ein Zukunftsprogramm für polnischstämmige Menschen in Niedersachsen

Eine gemeinsame Erklärung des Polnischen Sozialrats in Berlin e. V., Deutsch-Polnischen Gesellschaften in Niedersachsen e. V. und Deutsch-Polnischen Hilfsverein POLDEH e. V.

Von den 916.624 ausländischen Einwohner*innen in Niedersachsen besitzen 102.760 die polnische Staatsangehörigkeit (Stand 2023). Damit bildet die polnische Community nach den Ukrainer*innen die zweitgrößte Migrant*innengruppe im Land. Hinzu kommt eine weit größere Gruppe von über 200.000 Menschen mit polnischem Migrationshintergrund.

Wir Pol*innen und Niedersächs*innen mit polnischer Einwanderungsgeschichte tragen maßgeblich zur Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur dieses Landes bei. Dennoch müssen wir feststellen: Das Versprechen gleichberechtigter Teilhabe durch wirtschaftliche Leistung bleibt weitgehend unerfüllt. Strukturelle Benachteiligungen bestehen weiterhin – sei es in der politischen Repräsentation, beim Zugang zu sozialen Rechten oder in der öffentlichen Sichtbarkeit der deutsch-polnischen Geschichte.

Anlässlich der 20. Integrationsminister*innenkonferenz (IntMK) in Niedersachsen, die unter dem Motto „Zusammen leben – zusammen arbeiten“ steht, fordern wir konkrete Maßnahmen mit verstärktem Fokus auf Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, um Gleichberechtigung, Teilhabe und Schutz für polnischstämmige Menschen in Niedersachsen endlich sicherzustellen.

Rechte von Arbeitsmigrant*innen sichern

Polnische Arbeitnehmer*innen sind oft in Branchen tätig, die von prekären Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhnen und fehlender sozialer Absicherung geprägt sind – etwa in der häuslichen Pflege, der Fleischindustrie, der Landwirtschaft, der Gastronomie, der Logistik, dem Glasfaserausbau und dem Baugewerbe. Insbesondere bei Werkvertrags- und Saisonarbeitskräften sind Verstöße gegen Arbeitsrechte in Niedersachsen an der Tagesordnung.

Wir fordern:

- **Ein landesweites Tarifvertragstreugesetz**, das öffentliche Aufträge an tarifgebundene Unternehmen bindet.
- **Verstärkte Arbeitsschutzkontrollen**, insbesondere in Werkwohnungen und prekären Beschäftigungsverhältnissen.
- **Erarbeitung eines Konzepts zur Zusammenführung bzw. Koordination der verschiedenen Akteure in einer übergeordneten Behörde mit erweiterten Befugnissen**, damit das für die Arbeitsverhältnisse geltende Recht – nach dem Beispiel anderer Länder – effektiv durchgesetzt werden kann. Dazu gehören eine bessere Ausstattung der zuständigen Behörden (u. a. Sprachkompetenz) sowie die Errichtung einer zentralen Meldestelle für Verstöße gegen Arbeitsrechte, ähnlich der Institution der Arbeitsinspektion in Polen oder Frankreich, und eine Verbesserung des Datenaustauschs zur Ahndung von Verstößen gegen Arbeitnehmerrechte.
- **Den Ausbau von Beratungsstellen mit der Möglichkeit der Beratung in den Herkunftssprachen**, um Arbeitnehmer*innen über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären.

Gleichberechtigter Zugang zu Bildung und Sprache

Sprache ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabe. Doch viele polnischsprachige Arbeitnehmer*innen haben keinen Zugang zu ausreichenden Deutschkursen – sei es aus finanziellen Gründen, wegen fehlender Kursangebote oder unflexibler Unterrichtszeiten.

Daher fordern wir:

- **Besserer Zugang zu berufsbegleitende Deutschkurse**, die flexibel und praxisnah gestaltet sind, damit sie sich mit Schichtarbeit und familiären Verpflichtungen vereinbaren lassen.
- **Mehrsprachige Informationsangebote zu Arbeits- und Sozialrechten**, insbesondere für die größten EU-Communities.

Anerkennung von Abschlüssen und Möglichkeiten für bessere Karrierechancen für Quereinsteiger

Die unterschiedlichen Regelungen zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse und die landesspezifischen Bestimmungen stellen viele Migrant*innen vor Herausforderungen. In einigen Fällen entscheiden sich Fachkräfte, insbesondere im Lehramt oder Gesundheitswesen, für einen Wechsel in andere Bundesländer, wo sie bessere Möglichkeiten zur Anerkennung und beruflichen Weiterentwicklung sehen. Eine stärkere Vereinheitlichung der Verfahren könnte Niedersachsen als attraktiven Standort für qualifizierte Fachkräfte stärken und ihre Integration erleichtern.

Wir fordern:

- **Qualifizierte Weiterbildungsprogramme für Quereinsteiger*innen mit Hochschulabschluss.** Soziale Degradierungen müssen vermieden werden – nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern auch, um wirtschaftliche Potenziale für die Volkswirtschaft nicht ungenutzt zu lassen.
- **Einen transparenten Anerkennungsprozess für polnische Berufs- und Hochschulabschlüsse.** Die Verfahren und Formulare sollten in der Herkunftssprache sowie in leichter Sprache verfügbar sein
- Eine intensivere Kooperation der Arbeitsämter und sonstiger öffentlicher Akteure der Sozial- und Teilhabepolitik mit den polnischen Partnerschaftsregionen und Städten.

Strukturelle Förderung für polnischsprachige Organisationen

Migrantische Selbstorganisationen (MSOs) leisten unverzichtbare Arbeit für die polnischstämmige Community und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft. Sie sind von Unterfinanzierung betroffen und institutionell kaum abgesichert.

Wir fordern:

- **Ein Landespartizipationsgesetz**, das die langfristige Förderung von MSOs sicherstellt.
- **Einen landesweiten Fördertopf für migrantische Organisationen**, um deren weitere Professionalisierung zu ermöglichen.
- **Eine langfristige Finanzierung für MSOs, anstatt der aktuellen Praxis der immer wieder befristeten Projektarbeit.** Viele Organisationen erhalten nur 12- oder 6-monatige Förderungen, was jegliche Planungssicherheit verhindert. Ohne diese Organisationen wäre das Land Niedersachsen nicht in der Lage, die Integrationsarbeit zu stemmen. Ihre Arbeit muss als essenzieller Bestandteil der Gesellschaft anerkannt und finanziell gesichert werden.

Orte der Begegnung stärken – Nachbarschaften als Keimzellen des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Nachbarschaften sind die Basis für eine lebendige, solidarische Gesellschaft. Doch vielerorts fehlt es an offenen, niedrighschwelligem Begegnungsräumen, die Menschen zusammenbringen. Polnische Vereine leisten wertvolle kulturelle und integrative Arbeit – die Mitgliedschaft in einem Kulturverein ist oft der erste Schritt zur Teilhabe an der Stadt- oder Ortsgesellschaft. Dennoch stehen sie häufig vor dem Problem fehlender Räume, da sie sich meist ausschließlich über Mitgliederbeiträge finanzieren.

Wir fordern:

- **Den Ausbau und die finanzielle Förderung von Nachbarschaftszentren**, die interkulturellen Austausch ermöglichen und den sozialen Zusammenhalt stärken.
- **Eine verbindliche Öffnung kommunaler Begegnungsorte für migrantische Organisationen und Selbsthilfegruppen**, um Integration vor Ort zu fördern.
- **Mehr Räume für das Gemeinwesen – auch in Stadtzentren**, denn lebendige Städte brauchen Orte der Begegnung, an denen Menschen zusammenkommen, voneinander lernen und gemeinsam das gesellschaftliche Miteinander gestalten können.

Verarmung der Menschen aus Osteuropa stoppen

Die strukturellen Besonderheiten des deutschen Arbeitsmarktes, unsichere Beschäftigungsverhältnisse, prekäre Wohnsituationen führen oft zu vermeidbarer sozialer Ausgrenzung. Infolgedessen kommt es nicht selten zur Verarmung und zum sozialen Ausschluss von Menschen aus Polen und im Extremfall zur Obdachlosigkeit. Etwa sechs Prozent der Wohnungslosen sind EU-Bürger*innen, vorwiegend aus osteuropäischen Ländern, Insbesondere Menschen aus Polen, Rumänien und Bulgarien sind häufig von Verarmung betroffen. Menschen in schwierigen sozialen Lagen benötigen umfassende Unterstützung, die ihnen verschiedene Perspektiven eröffnet. Eine davon ist eine breite Sozialberatung. Dazu kann auch die Möglichkeit einer Rückkehr in ihr Heimatland gehören, sofern sie diese freiwillig in Betracht ziehen. Entscheidend ist jedoch, dass Sozialberatungsprogramme gestärkt werden, um polnische Organisationen in die Lage zu versetzen, diese Menschen individuell zu beraten und gemeinsam mit ihnen nachhaltige Lösungen zu erarbeiten.“

Wir fordern:

- Ausbau der Unterstützung durch Sozialberatung
- Ein Sozialberatungsmodell nach dem Vorbild der Berliner Migrationssozialdienste (ISP-Rahmenprogramm), um Menschen in prekären Situationen eine Perspektive zu geben, sei es in Deutschland oder in den Herkunftsländern
- Existenzsichernde Unterbringung für alle – Kein Ausschluss wohnungsloser EU-Bürger*innen aus Notunterkünften, Zugang zu Übergangwohnheimen und Wohnheimen für wohnungslose EU-Bürger*innen, die keinen Zugang zu Sozialleistungen haben
- Ein Ende der Abschiebungen wohnungsloser EU-Bürger*innen
- Gezielte Programme für Zugang zu regulärem Wohnraum und Beschäftigung

Antidiskriminierung und Schutz vor Rassismus

Polnischstämmige Menschen erleben in Deutschland sowohl alltägliche als auch strukturelle Diskriminierung. Antislawischer Rassismus und historische Feindbilder gegen Osteuropäer*innen prägen weiterhin gesellschaftliche Debatten.

Wir fordern:

- Ein niedersächsisches Antidiskriminierungsgesetz (LADG) mit einer unabhängigen Beschwerdestelle.

- Eine stärkere Thematisierung des antiosteuropäischen Rassismus und der deutschen Verbrechen in Osteuropa im Schulunterricht.
- Eine starke Befürwortung der Landesregierung für eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), um Schutzmechanismen gegen Diskriminierung aufgrund der Herkunft und Sprache zu stärken.

Repräsentation und politische Teilhabe stärken

Polnischstämmige Menschen sind in Ämtern, Verwaltungen, politischen Gremien und gesellschaftlichen Institutionen drastisch unterrepräsentiert. Diese fehlende Sichtbarkeit hat direkte Konsequenzen: Interessen und Bedarfe der polnischen Community werden in politischen Entscheidungen oft nicht mitgedacht, und strukturelle Benachteiligungen bleiben bestehen. Eine stärkere Repräsentation ist daher nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ein entscheidender Schritt hin zu einer sozial inklusiveren Gesellschaft.

Daher fordern wir:

- **Strukturelle Maßnahmen zur stärkeren politischen Einbindung aller Migrant*innen** – etwa durch die Förderung von Beiräten, aber vor allem durch vielfältige Parteilisten auf allen Ebenen. Unser Ziel ist eine Repräsentation gesellschaftlich diskriminierter oder benachteiligter Gruppen mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung auf der jeweiligen Ebene.
- **Eine systematische Beteiligung migrantischer Selbstorganisationen (MSOs) an politischen Debatten und Entscheidungsprozessen** auf Landes- und kommunaler Ebene, um eine nachhaltige und partizipative Politikgestaltung sicherzustellen.

Fazit: Eine gleichberechtigte Gesellschaft der Vielen gestalten

Die in Niedersachsen lebenden Pol*innen und polnischstämmigen Menschen sind ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Dennoch bleiben ihnen oft grundlegende Rechte und Mitbestimmung in der Praxis verwehrt. Es ist an der Zeit, diese Ungleichheiten abzubauen.

Dies ist keine Frage von Sonderrechten – es geht um gleiche Rechte für alle.

Unterzeichnende Organisationen:

P: Polnischer
Sozialrat



Deutsch-Polnische Gesellschaften
in Niedersachsen e.V.

